

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Achter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post 27 Neugroschen, bei Beziehung des Blattes durch Botengelegenheit 20 Neugroschen.

N^o 15.

Erscheint jede Mittwoche.

12. April 1843.

Sollen Deputirte unter allen Umständen in der Kammer aushalten?

(Beschluß von N^o 13.)

„So viel, um darzuthun, wie es mit der ständischen Oeffentlichkeit und Redefreiheit, die ungenügt zu lassen gegen Pflicht und Ehre streiten soll, bestellt ist! — Auch die Regierungen unterliegen, zumal in kleineren Staaten, gewissen Nothwendigkeiten einer Stellung, die für die constitutionellen Regierungen Deutschlands kaum weniger unnatürlich ist, als für die Oppositionsparteien, und es ist überhaupt nicht meine Absicht, über geschene Dinge hier nachträgliche Beschwerden zu erheben; aber der Preis, um welchen ich von widerwilligen Zuhörern ein halbes Gehör erkaufen und am Ende doch verstummen mußte, ist mir zu theuer, als daß ich noch einmal 6 Jahre meines Lebens opfern möchte, bloß auf meine Kosten Andern zu beweisen, was jetzt, als eine sonnenklar gewordene Thatsache, eines weitem Beweises doch für Niemand mehr bedürfen sollte: daß nämlich eine selbstständige und selbstkräftige Repräsentativverfassung in den kleinern deutschen Staaten gar nicht möglich und auf dem Boden der Verfassungen im Einzelkampfe deutscher Stände gegen die Gesamtheit der Regierungen mehr zu verlieren als zu gewinnen sei. Ueber den Nutzen, den die Vernehmung von Volksabgeordneten bei einer zu Berücksichtigung der Volkswünsche geneigten Regierung haben kann, will ich mit Niemand streiten und bin keineswegs der Meinung, daß diejenigen, in deren Augen dieser Nutzen überwiegend ist und die zu wesentlicher Förderung der materiellen Landeswohlfaht sich befähigt fühlen, aus den ständischen Versammlungen sich zurückziehen sollten. Aber man kann doch auch mit einigem Grund die Ueberzeugung haben, daß die Verfassungen nicht seien was sie sein sollten und wofür sie ausgegeben werden, daß diese Wahrheit ausgesprochen werden müsse, wenn nicht alle und jede Volksmeinung immer tiefer sinken soll, und da gerade gegen solche Meinungsäußerungen die Censur in den Berichten über ständische Versammlungen unerbitt-

lich scheint, so sollte den Vertretern jener Ansicht wenigstens erlaubt sein, wenn Worte nicht mehr durchdringen, ihre Ueberzeugung durch die That auszusprechen und gegen einen Zustand der Dinge, den in offener Rede zu bekämpfen eine Kammer nicht gestatten will, thatsächliche Verwahrung durch den Rücktritt einzulegen, ohne von Freund und Feind geschmäht zu werden, zumal solange es nicht an Bewerbern fehlt, die wenigstens mehr materiellen Nutzen schaffen können, als eine mit Widerwillen angesehene und zuletzt immer überstimmte Opposition.

Daß auf die Stände, die es einmal hat, kein Land verzichten wird, versteht sich allerdings von selbst. Aber so wie in den kleinern deutschen Staaten die Volksvertretung jetzt geordnet ist, sehe ich in ihr nur noch eine Wehr und Waffe für die Zukunft oder gegen offenbare Misregierung, und dies bleibt sie auch ohne meine Theilnahme, sie bleibt es, auch wenn ich einen Ort vermeide, wo man mich nicht hören will und wo ich weder die ungeschmälerete Verfassung selbst, noch für erlittene Schmälerung den einzig möglichen Ersatz verlangen darf. Nachdem daher durch die Bundes-Beschlüsse vom 30. Octbr. 1834 das Schicksal der Verfassungen vollends besiegelt und durch die Vorgänge in Hannover deren Hilflosigkeit handgreiflich dargethan, auch die Mehrzahl des Volkes aus sehr natürlichen Gründen gleichgiltig gegen den Namen einer Freiheit geworden war, die um so weniger Früchte trug, je größer die dafür gebrachten Opfer waren: durfte ich meinen Theil der Aufgabe wohl für erledigt halten. Denn wer noch immer nicht begreift, daß Volksvertretung ohne Pressfreiheit und mit gezwungener Steuerbewilligung in einem von übermächtigen absoluten Staaten überwachten kleinen Lande, vom Repräsentativsystem kaum etwas Anderes als den Namen und die Formen haben kann, daß da, wo die Regierung es beständig in ihrer Gewalt hat, durch wiederholte Auflösungen günstige Wahlen zu erzwingen, auch die materiellen Landesinteressen nicht mit Nachdruck zu vertreten möglich ist, der wird es nie begreifen, während gar wenig guter Wille und Scharfsinn dazu gehört, um einzusehen,